

# Das Versprechen des Regierungsrats

**BILDUNG** Am 15. Luzerner Lehrerinnen- und Lehrertag in Sursee standen die Auswirkungen der kantonalen Sparmassnahmen auf die Bildung im Vordergrund. Bildungsdirektor Reto Wyss machte den Pädagogen dabei wenigstens ein bisschen Hoffnung.

von **Monika Wüest**

Politikerinnen und Politiker, Verbandsvertreterinnen und Verbandsvertreter, die Präsidentin des Lehrerinnen- und Lehrerverbandes (LLV) sowie der Bildungsdirektor: Sie alle diskutierten am Mittwochnachmittag in Sursee über den aktuellen Zustand der Luzerner Volksschulbildung in einer Zeit der Sparmassnahmen sowie die Situation der Lehrpersonen. Nach zwei Podien und einem Fokusgespräch war man sich immerhin in zwei Punkten einig: Bildung ist wichtig, ebenso Wertschätzung für die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer. Was es für gute Bildung braucht und wie diese Wertschätzung auszusehen hat: da gingen die Meinungen bereits wieder auseinander.

Im ersten Podium diskutierten Kantonsrätinnen und Kantonsräte aller im Luzerner Parlament vertretenen Parteien über das Spannungsfeld von «Geld und Geist», wie es der Moderator, WB-Chefredaktor Stefan Calivers, ausdrückte. Die Positionen waren die altbekannten. Die SVP, vertreten durch den Geisser Willi Knecht, will das Kostenwachstum eindämmen und die Primarstufe vereinfachen. Die FDP (Rosy Schmid-Ambauen, Hildisrieden) will bei der Verwaltung abbauen. Die CVP (Priska Wismer-Felder, Rickenbach) spart zwar nicht gern, sieht aber keine andere Lösung. Die Grünliberalen (Claudia Huser Barmettler, Luzern) wollen die steigen-



LLV-Präsidentin Annamarie Bürkli und Bildungsdirektor Reto Wyss kreuzten am Luzerner Lehrerinnen- und Lehrertag in Sursee die Klingen. Foto Monika Wüest

den Pro-Kopf-Kosten in der Bildung «genauer anschauen». Die SP (Helene Meyer-Jenni, Kriens) sieht den Handlungsbedarf auf der Einnahmenseite, spricht den Steuern. Die Grünen (Ali Celik, Luzern) machen sich angesichts der Sparmassnahmen Sorgen um die Qualität der Bildung.

## «Zusätzliche Lektion ist ein Stimmungskiller»

Im zweiten Podium diskutierten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Verbände aus dem Bildungsbereich sowie des Verbandes Luzerner Gemeinden und des Gewerbeverbandes. Nach den Auswirkungen der Sparmassnahmen gefragt, sprach Pirmin Hodel, Präsident des Schulleiterverbandes und Rektor der Schule Willisau, ein Thema an, das danach immer wieder zur Sprache kam. «Die zusätzliche Lektion Unterricht für die Lehrer war ein Stimmungskiller.» Faktisch sei das eine

Lohnkürzung von 3,5 Prozent. Dazu seien als Folge der Sparmassnahmen die Mindestklassengrösse angehoben und die Weiterbildungsbeiträge der Ge-

*«Ich stehe dazu: Wir haben die Arbeitsbedingungen für die Lehrer verschlechtert.»*

**Reto Wyss** Bildungsdirektor

meinden halbiert worden. «Wir spüren die Sparmassnahmen an allen Ecken und Enden», ergänzte Janine Felder, Verbandsratspräsidentin des LLV.

Dazu komme: «Die Wertschätzung für die Lehrerinnen und Lehrer ist nicht mehr da.»

Als Wunsch für die Zukunft gab Felder an: «Alle sagen, Bildung sei ihnen wichtig. Diesen Worten sollten auch einmal Taten folgen.» Die Gettnauerin Astrid Ciresa-Walker, Vorstandsmitglied des Verbandes Schulpflegen/Bildungskommissionen, wünschte, es solle nicht immer beim Personal gespart werden. «Und es muss im Bildungsbereich wieder einmal Ruhe einkehren.»

## «Lohn soll wieder steigen»

Zum Abschluss des Nachmittags standen sich LLV-Präsidentin Annamarie Bürkli und Bildungsdirektor Reto Wyss gegenüber. Wyss plädierte dafür, die Lehrerinnen und Lehrer sollten auch mal über das Positive in der Luzerner Bildung reden, nicht nur über das Negative. So entstehe ein schlechtes Bild der Luzerner Schulen.

Die Lehrerinnen und Lehrer setzten sich jeden Tag an jeder Schule des Kantons für ein positives Bild der Schulen ein, erwiderte Annamarie Bürkli. «Das Resultat: Man erhöht unsere Arbeitszeit.» Auf Nachfrage von Stefan Calivers bestätigte Wyss, was er bereits letzte Woche im Zusammenhang mit dem Nein des Regierungsrats zur Volksinitiative «Für eine hohe Bildungsqualität im Kanton Luzern» gesagt hatte: Es sei das Ziel des Regierungsrats, diese Erhöhung der Arbeitszeit wieder rückgängig zu machen, sobald das möglich sei. «Wers glaubt», antwortet Annamarie Bürkli. «Mir fehlt bei dieser Aussage die Frist, bis wann das passieren soll.»

Wyss räumte schliesslich ein, die Lehrerinnen und Lehrer seien Opfer der Sparmassnahmen. Er stehe dazu: «Wir haben die Arbeitsbedingungen für die Lehrer verschlechtert.» Der Kanton Luzern stehe schweizweit aber nicht im Abseits. «Auch wenn wir sicher an Konkurrenzfähigkeit verloren haben.» Das wolle der Kanton ändern, soweit das derzeit möglich sei. «Die Besoldung der Lehrer soll wieder höher werden.»

## «Lehrplan 21 lässt sich nicht kostenneutral umsetzen»

Neben der Erhöhung der Arbeitszeit drehte sich das Gespräch darum, ob es möglich sei, den Lehrplan 21 wie vom Kanton verlangt kostenneutral umzusetzen. Das sei nicht der Fall, so Bürkli. «Dieser Lehrplan ist sehr arbeitsintensiv.» Wyss erwiderte, der Regierungsrat habe die Aufgabe, den Lehrplan ohne zusätzliche Lektionen umzusetzen, vom Kantonsrat erhalten. «Das war so nicht vorgesehen.» Nun hätten sie den Anstieg der Lektionen auf der Primarstufe durch den Abbau von Wahlfächern auf der Oberstufe kompensieren müssen. Es hätten aber nicht alle aktuellen Änderungen mit dem Lehrplan 21 zu tun. So sei etwa das Fach Medien und Informatik ein Gebot der Zeit.

## CVP droht mit dem Referendum

**STEUERGESETZ** Die Luzerner Regierung will mit einer Änderung des Steuergesetzes den Eigenbetreuungsabzug abschaffen. Gleichzeitig will sie die Dividendenbesteuerung von 60 auf 70 Prozent erhöhen und dies bereits per 1.1.19 in Kraft setzen. Die CVP Kanton Luzern bekämpft beide Stossrichtungen der Steuergesetzrevision.

Mit der laufenden Vernehmlassung zur Änderung des Steuergesetzes wolle die Regierung ein weiteres Mal die mehrmals bestätigten Parlamentsentscheide in Sachen Eigenbetreuungsabzug torpedieren und den Eigenbetreuungsabzug nach wenigen Jahren wieder abschaffen. Dieses Vorgehen ist für die CVP «absolut unverständlich und wird in aller Form verurteilt». Die CVP anerkennt, «dass die Familienmodelle heute beliebig sind». Aber das dürfe nicht heissen, dass das traditionelle Familienmodell abgestraft wird. Notfalls werde sie die Gesetzesreform darum mit dem Referendum bekämpfen, schreibt die CVP.

Die vom Regierungsrat beantragte Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf 70 Prozent kommt für die CVP zum falschen Zeitpunkt. Der Kantonsrat habe erst kürzlich die Besteuerung auf 60 Prozent bestätigt. Die Auswirkungen der Steuervorlage 17 des Bundes führe womöglich zu weiteren Massnahmen bei der kantonalen Steuergesetzgebung. Dies müsse aber mit Blick auf das Ganze erfolgen, fordert die CVP. «Es dürfen heute keine Entscheide gefällt werden, die eine Gesamtschau verunmöglichen». Die CVP verschliesse sich Massnahmen im Steuerbereich nicht grundsätzlich. Sie will aber «eine Gesamtschau unter Würdigung aller Fakten und auch mit Blick auf die Massnahmen in den umliegenden Kantonen», hält sie in ihrer Medienmitteilung fest.

pd/WB

# Sparen statt mehr einnehmen

**FINANZPOLITIK** Die Planungs- und Finanzkommission (PFK) des Luzerner Kantonsrates ist besorgt über die finanziellen Aussichten bis ins Jahr 2021. Sie pfeift die Regierung bei der geplanten Erhöhung der Dividendenbesteuerung zurück und fordert Kompensationsmassnahmen.

Der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2018-2021 bereitet der PFK Kopfzerbrechen, wie sie nach der Vorberatung am Mittwoch mitteilte. Die Regierung rechnet 2019 mit einem Fehlbetrag von 27,5 Millionen Franken und in den beiden darauffolgenden Jahren mit fehlenden 48 und 48,8 Millionen Franken. Sie will die Lücken mit einer vorzeitigen Erhöhung der Dividendenbesteuerung, mit der Aufgaben- und Finanzreform 2018 sowie durch andere Massnahmen stopfen.

Das habe bei der Kommission Skepsis ausgelöst, hiess es in der Mitteilung. Die ersten beiden Massnahmen seien unsicher und noch nicht mehrheitsfähig. Die PFK fordert analog zur Kommission Wirtschaft und Abgaben (WAK), auf eine vorgezogene Erhöhung der Dividendenbesteuerung auf 70 Prozent ab 2019 zu verzichten und entsprechende Kompensationsmassnahmen aufzuzeigen.

## Konzentration auf Kernaufgaben

Ebenfalls auf wenig Begeisterung stiess die Tatsache, dass der Regierungsrat keine konkreten Angaben dazu gemacht hat, mit welchen Gesetzesanpassungen die Finanzierungslücken gefüllt werden können. Die PFK beantragt dem Kantonsrat eine Bemerkung zum AFP, wonach man sich auf die Kernauf-



Der Kantonsrat wird in der Dezembersession über das Budget 2018 und den Finanzplan bis 2021 beraten. Foto Staatskanzlei

gaben des Kantons konzentrieren und auf neue, nicht zwingend notwendige Leistungen verzichten wolle.

Eine Minderheit der Kommission wollte den AFP zur Konkretisierung zurückweisen. Am Ende habe die PFK «trotz Gegenstimmen und einer bemerkenswerten Anzahl von Enthaltungen» den AFP zur Genehmigung empfohlen. Somit könne der Regierungsrat an der Schliessung der Finanzierungslücken arbeiten und dem Kantonsrat entsprechende Vorschläge unterbreiten.

Mehrheitlich einverstanden war die Kommission mit dem Voranschlag 2018. Dieser sieht einen Aufwandüberschuss von 43,6 Millionen Franken und Nettoinvestitionen von 152,4 Millionen Franken vor. Der Steuerfuss soll zudem bei 1,60 Einheiten belassen werden.

Die PFK hat unter dem Vorsitz von Präsident Marcel Omlin (SVP, Rothenburg) und Vizepräsidentin Inge Lichtsteiner-Achermann (CVP, Egolzwil) getagt. Die Debatte im Kantonsrat findet in der Dezembersession statt.

sda/WB

## SP und Grüne für mehr Transparenz

**FINANZPLAN** Grüne und SP fordern den Regierungsrat in einem dringlichen Postulat auf, die aktuellste Hochrechnung zur Rechnung 2017 zu veröffentlichen. Diese sei zwar in den Kommissionen vorgestellt worden, soll aber der Öffentlichkeit vorenthalten bleiben, kritisieren die Linksparteien.

Der Regierungsrat hat in allen Kommissionen bei der Behandlung von Voranschlag und AFP aktualisierte Zahlen zur Hochrechnung 2017 vorgestellt. In der gedruckten Ausgabe des AFP ist eine erste ältere Hochrechnung publiziert. Somit seien 120 Kantonsrätinnen und Kantonsräte sowie fünf Regierungsräte auf einem neueren Stand zur finanziellen Situation des Kantons als die Öffentlichkeit, schreiben SP und Grüne in ihrer Medienmitteilung. «Die Budgetdebatte Anfang Dezember würde so im Kantonsrat zu einer schwierigen und unglaubwürdigen Übung und die Kantonsrät/innen wären gezwungen, die aktuellsten Zahlen auszublenden, wollen sie das Kommissionsgeheimnis nicht verletzen.»

Grüne und SP verlangen von der Regierung, dass die aktuellste Hochrechnung zur Rechnung 2017 vor der Budgetdebatte veröffentlicht wird, damit alle auf dem gleichen Stand der Entwicklung sind. «Gerade für die Diskussion des Aufgaben- und Finanzplans ist es wichtig, die Diskussion nicht auf der Basis veralteter Zahlen zu führen», halten die beiden Linksparteien fest.

pd/WB